

Hundstorfer: "In Burma ist das Schlimmste zu befürchten"**Utl.: Appell an österreichische Unternehmen - Internationaler Aktionstag =**

Wien (APA) - Zur verstärkten Solidarität mit der burmesischen Bevölkerung hat ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer am Samstag aufgerufen. "Die Gewalt gegen die Demokratiebewegung in Burma muss sofort gestoppt werden und alle Verhafteten sind sofort freizulassen", erklärte Hundstorfer, der auch Vizepräsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ist, laut einer ÖGB-Aussendung. Er forderte aus Anlass des internationalen Aktionstags erhöhten Druck der internationalen Gemeinschaft auf das burmesische Militärregime. "Die spärlichen Informationen, die aus Burma zu uns kommen, lassen das Schlimmste befürchten. Hier darf die Weltgemeinschaft nicht wegschauen".

Der Österreichische Gewerkschaftsbund protestiere schon seit Jahren gegen die in Burma weit verbreitete Zwangsarbeit und gegen die Unterdrückung der Bevölkerung. "Wir fordern die in Burma tätigen österreichischen Unternehmen auf, gegen die Verletzung der Menschenrechte in Burma einzutreten", betonte Hundstorfer. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hatte wiederholt empfohlen, dass Firmen und Staaten ihre Beziehungen zu Burma überdenken, weil in dem südostasiatischen Land Zwangsarbeit an der Tagesordnung ist.

Die Menschen in Burma müssten in ihrem Kampf für die Demokratie bestärkt werden, erklärte die SPÖ-Nationalratsabgeordnete Petra Bayr laut einer Aussendung. "Menschenrechte müssen endlich den Stellenwert bekommen, den die Wirtschaftsinteressen schon lange haben".

(Schluss) er/ar

APA136 2007-10-06/12:33

061233 Okt 07